

## **Niederschrift**

über die 21. Sitzung  
**des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien**  
am Mittwoch, **28.11.2012**, 18:00 Uhr - 19:35 Uhr,  
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

### **von der CDU-Fraktion**

Dr. Veit Christoph Baecker, Bruno Kleine Borgmann, Teresa Küppers, Christel Loschelder (in Vertretung von Herrn Bolte)

### **von der SPD-Fraktion**

Maria Anna Hakenes, Anne Schulze Wintzler

### **von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL**

Jutta Möllers (bis 18.35 Uhr), Otto Reiners (bis 18.35 Uhr)

### **von der FDP-Fraktion**

Jens-Ulrich Lenski

### **von den Trägern der freien Jugendhilfe**

Felix Braun (in Vertretung von Frau Lebkücher), Stephan Degen, Gerhard Dworok, Ulrich Messing, Lutz Selig, Wilfried Stein (bis 18.35 Uhr)

### **beratende Mitglieder**

Dr. Andrea Hanke, Anna Pohl, Stephan Bommers (in Vertretung von Herrn Schönfelder), Klaus Fröse, Beate Heeg (bis 19.30 Uhr), Michael Kaiser, Bernd Kersken, Gerd Kersting, Dr. Michael Köhler (ab 18.07 Uhr), Türkan Kurt, Siegfried Riemann, Rita Tücking, Dietmar Wiese, Theo Wübbels

### **von der Verwaltung**

Gerd Bertling, Oliver Braun, Andre Debus, Jochen Detering, Hans-Joachim Fürstenberg, Chris Hagel, Birgit Herdes, Sven Kentrup, Jochen Köhnke, Sibylle Kratz-Trutti, Karl Materla, Christine Menke, Winfried Mörchen, Bernhard Paschert, Frank-Detlev Philipp, Dr. Anna Ringbeck, Heiner Vogt, Karin Weinlich, Heike Weinreich, Sven Werk

### **für die Schriftführung**

Heike Dierks

### **Es fehlten entschuldigt:**

Günter Barthen, Frank Beckmann, Meik Bolte, Rolf Grieskamp, Jutta Lebkücher, Frank Leismann, Dieter Schönfelder

## Tagesordnung

- |  |     |  |
|--|-----|--|
|  | 1.  | Eingegangene Anträge und Eingaben  |
|  | 2.  | Berichte und Mitteilungen  |
|  | 3.  | Anfragen von Ausschussmitgliedern  |
| <u>V/0719/2012/1 und</u><br><u>V/0719/2012</u><br>II | 4.  | Neubau KiTa Kinderbachtal, Idenbrockplatz 8<br>- Baubeschluss  |
| <u>V/0657/2012</u><br>IV                             | 5.  | Mittagsverpflegung in Schulen  |
| <u>V/0720/2012</u><br>IV                             | 6.  | Kommunale Koordinierung im Rahmen des Übergangssystems von der Schule in Ausbildung und Beruf  |
| <u>V/0715/2012</u><br>V                              | 7.  | Steuerung von Leistungen mit Bezug auf Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)   |
| <u>V/0878/2012</u><br>V                              | 8.  | Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums in Münster   |
|  | 9.  | Gewährung von Zuschüssen aus der Gewinnausschüttung der Sparkasse Münsterland Ost  |
|  | 10. | <b>Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013<br/>- Mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplan bis 2016 -<br/><br/>sowie der Einzelmaßnahmen des Handlungsprogramms 2012 bis 2017 und der Anregungen/<br/>Sparvorschläge der Bürgerinnen und Bürger zum Haushalt 2013</b><br><br>(vgl. Vorlage V/0702/2012 "Nachhaltige kommunale Haushaltspolitik - Handlungsprogramm 2012 bis 2017 (Teil 2)" und Vorlage V/0859/2012 "Bürgerhaushalt 2012 - Einbringung der 102 bestplatzierten Bürgervorschläge") |
|  | 11. | Verschiedenes  |

Frau Hakenes eröffnete um 18 Uhr die 21. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien. Sie begrüßte die Ausschussmitglieder, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Es waren keine Ausschussmitglieder anwesend, die noch nicht verpflichtet wurden.

Sodann lud Frau Hakenes alle Ausschussmitglieder und alle Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung anlässlich der letzten Sitzung des Jahres 2012 im Anschluss an die Sitzung zu einem gemütlichen Beisammensein ein.

Sie schlug vor, über die Vorlage V/0715/2012 „Steuerung von Leistungen mit Bezug auf Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)“ (Tagesordnungspunkt 7.) erst in der nächsten Sitzung des Ausschusses zu beraten und zu beschließen. Es erhob sich kein Widerspruch.

Herr Reiners beantragte, alle Vorlagen bzw. Tagesordnungspunkte mit Relevanz für den Haushalt 2013 von der Tagesordnung abzusetzen. Er begründete dies damit, dass nicht alle Informationen über die vorgesehenen Veränderungen zu den Beschlussvorschlägen zum Haushalt 2013 vorliegen würden und daher noch Beratungsbedarf bestünde.

Herr Dr. Baecker erhob Gegenrede. Der Antrag zur Geschäftsordnung sei politisch motiviert; eine tatsächliche Notwendigkeit, die Beratung und Beschlussfassung zu verschieben, sei nicht gegeben.

Der Antrag wurde mit 3 Ja-Stimmen bei 9 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Im Anschluss daran beantragte Herr Reiners, den Tagesordnungspunkt 6. „Kommunale Koordination im Rahmen des Übergangssystems von der Schule in Ausbildung und Beruf“ (Vorlage V/0720/2012) vorzuziehen. An der Beratung dieser Vorlage wolle sich die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL beteiligen. Aufgrund des Abstimmungsergebnisses zum vorhergehenden Antrag zur Geschäftsordnung sei vorgesehen, die Ausschusssitzung danach zu verlassen. Es wurde einvernehmlich festgelegt, den Tagesordnungspunkt nach dem Tagesordnungspunkt 3. „Anfragen von Ausschussmitgliedern“ zu behandeln.

Schließlich beantragte Herr Reiners, den Tagesordnungspunkt 4. „Neubau KiTa Kinderbachtal, Idenbrockplatz – Baubeschluss“ (Vorlagen V/0719/2012 und V/0719/2012/1) ohne Beschlussfassung in die Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz und Bauwesen am 30.11.2012 zu schieben. Frau Schulze Wintzler erhob Gegenrede.

Der Antrag wurde einstimmig bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Anmerkung:

Die Tagesordnung wurde in der Reihenfolge 1.-3., 6., 4.-5., 8.-11. behandelt. In dieser Niederschrift ist die ursprüngliche numerische Reihenfolge beibehalten worden.

## **Punkt 1 der Tagesordnung**

## **Eingegangene Anträge und Eingaben**

Allen Ausschussmitgliedern war vorab der Antrag der FDP-Fraktion an den Rat der Stadt Münster „Betreuungsmöglichkeiten intelligent nutzen: Platzsharing für KiTa-Plätze prüfen“ (A-R/0042/2012) zur Information übersandt worden. Der Antrag wurde in der Sitzung des Rates am 07.11.2012 an den Hauptausschuss verwiesen.

Des Weiteren lagen Anträge zu den Haushaltsplanberatungen als Tischvorlage vor. Dazu wird auf den Tagesordnungspunkt 10. dieser Sitzung verwiesen.

Frau Pohl berichtete:

- Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL - Landesjugendamt) habe mit Rundschreiben Nr. 43/2012 über die Verteilung der Investitionsmittel zur Umsetzung des Fiskalvertrages für den u3-Ausbau informiert. Danach erhalte die Stadt Münster insgesamt 2,09 Mio EUR. Die Bewilligung erfolge in drei Raten bis zum 30.03.2014. Entscheidungsreife Anträge seien bis zum 30.11.2012 zu stellen. Mit Hochdruck erarbeite die Verwaltung derzeit in Zusammenarbeit mit den freien Trägern die entsprechenden Anträge für Maßnahmen, die sich derzeit noch in der konkreten Planung befänden und bis März 2014 fertiggestellt werden könnten. Die Maßnahmen seien bereits im Kindertagesbetreuungsbericht 2012 aufgeführt; entsprechende Ratsbeschlüsse lägen vor.

Nach dem Urteil zum Kinderförderungsgesetz habe der Landtag am 07.11.2012 ein Gesetz zur Regelung des Kostenausgleichs für Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe (Belastungsausgleichsgesetz Jugendhilfe – BAG – JH) beschlossen. Demnach erhalte die Stadt Münster für die Kiga-Jahre 2011/2012 und 2012/2013 insgesamt 4,23 Mio. EUR, die noch bis Ende des Jahres 2012 in einer Summe an die Stadt Münster gezahlt werden sollen. Die Zahlung erfolge über den LWL, der zurzeit die Bewilligungsbescheide vorbereite.

- Am 30.10.2012 habe unter dem Titel „Münster „Präventiv – Qualifiziert – Vernetzt“ der II. Zielkonkretisierungsworkshop im Rahmen des Modellvorhabens „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ stattgefunden.

Ausgehend von den Zwischenergebnissen des I. Zielkonkretisierungsworkshops im September diesen Jahres seien mit ca. 45 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus den Ressorts Jugend, Schule, Gesundheit und Soziales unter der Devise „Vom Kind her denken!“ konkrete Vorgehensziele in einem terminiertem Zeitplan übersetzt und verbindlich festgelegt worden. Im Rahmen des Modellvorhabens der Stadt Münster seien folgende Ziele bereits realisiert:

1. In Münster wird erstmalig eine gesamtstädtische „Präventionskonferenz“ durchgeführt.
2. In Münster besteht eine Qualitätszirkel „Prävention“.
3. In Münster besteht eine Lenkungsgruppe für das Modellvorhaben.
4. In Münster ist eine Koordinationsstelle für das Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ installiert.

Folgende Ziele seien mit allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern verabredet worden, in Maßnahmenabfolgen gegliedert und terminiert:

1. Die Stadt Münster verfügt über eine kindzentrierte und ressortübergreifenden Präventionsstrategie.
2. In Münster besteht eine nachhaltige Finanzierung bestehender Präventionsmaßnahmen und –angebote „Frühe Hilfen/Kinderarmut“.
3. In Münster bestehen effektive und handlungsfähige Netzwerke.
4. In Münster besteht eine Datenbank „Präventive Angebote in der Stadt Münster“.

Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien koordiniere die Durchführung und Erfüllung der verabredeten Ziele und Maßnahmen und kooperiere diesbezüglich sowohl mit dem Amt für Schule und Weiterbildung, dem Gesundheitsamt und Sozialamt als auch mit den freien Trägern der Jugendhilfe.

Zeitnah werde eine Gesamtdokumentation der Zielkonkretisierungsworkshops erstellt und dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien als Berichtsvorlage im I. Quartal 2013 zur Verfügung gestellt.

- Die Sitzungen des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien seien für das Jahr 2013 wie folgt terminiert:

30. Januar 2013  
 06. März 2013  
 17. April 2013  
 05. Juni 2013  
 03. Juli 2013  
 11. September 2013  
 09. Oktober 2013  
 20. November 2013 (Etat)

Die Sitzungen fänden wie gewohnt grundsätzlich mittwochs um 17.00 Uhr im Stadtweinhaus (Hauptausschusszimmer) statt. Abweichungen seien ggf. der aktuellen Tagesordnung, die jeweils fristgerecht vor der Sitzung übersandt werde, zu entnehmen.

Der vollständige Terminplan 2013 für die Sitzungen des Rates, der Bezirksvertretungen, der Ausschüsse und der sonstigen Gremien sei allen Ausschussmitgliedern bereits übersandt worden. Die aktuellen Termine seien jeweils auch im Internet unter [www.muenster.de/stadt](http://www.muenster.de/stadt) im „Ratsinformationssystem“ abrufbar.

- Ende nächsten Jahres bzw. zum Frühjahr 2014 sei die Aufnahme des Betriebs in den Kindertageseinrichtungen „Stratmannweg“ in Mecklenbeck, „Kinderbachtal“ in Kinderhaus und „Wiedeicken“ in Amelsbüren geplant. Dazu würden derzeit die Trägerschreibungen vorbereitet. Nach Abgabe der Interessenbekundungen würden mit interessierten Trägern Einzelgespräche stattfinden, um die Angebotsgrundlagen zu erläutern. In den parlamentarischen Gremien sei die Entscheidung im Mai bzw. Juni 2013 vorgesehen.

### **Punkt 3 der Tagesordnung**

### **Anfragen von Ausschussmitgliedern**

Es lagen keine Anfragen von Ausschussmitgliedern vor.

### **Punkt 4 der Tagesordnung V/0719/2012/1 und V/0719/2012**

### **Neubau KiTa Kinderbachtal, Idenbrockplatz 8 - Baubeschluss**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag allen Ausschussmitgliedern ein Beratungsverlauf sowie ein Schreiben von Herrn Stadtkämmerer Reinkemeier vom 26.11.2012 mit Informationen zu einem Redebeitrag von Herrn Leuters aus der Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz und Bauwesen (AUB) am 20.11.2012 vor. In der Sitzung am 20.11.2012 vertagte der AUB die Entscheidung. Die erneute Beratung der Vorlage wurde für die folgende Sitzung am 30.11.2012 vorgesehen.

Frau Weinlich berichtete zunächst eingehend zur Vorlage. Den Ausschussmitgliedern standen darüber hinaus im Sitzungsraum ausgehängte Pläne zur Ansicht zur Verfügung.

Nach eingehender Erörterung ließ Frau Hakenes über den Beschlussvorschlag der Vorlage (in der Fassung der Ergänzungsvorlage) abstimmen.

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschloss einstimmig, dem Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage zu empfehlen:

### Beschlussvorschlag:

#### I. Sachentscheidung:

1. Der Neubau der Kindertageseinrichtung Kinderbachtal wird nach den Plänen des Architekturbüros Vissing aus Münster vom 03.09.2012 **mit folgenden Änderungen** ausgeführt (Anlage 1.1 – 1.5).
  - a) **Das im Obergeschoss vorgesehene behindertengerechte WC wird in den im Erdgeschoss vorgesehenen Beratungsraum verlagert und umgekehrt.**
  - b) **Es werden alle Vorrichtungen für einen möglichen späteren Einbau eines Aufzuges getroffen.**
2. Der Planung und dem Bau der Freianlagen wird entsprechend der Planung und den Erläuterungen des Amtes für Grünflächen und Umweltschutz zugestimmt (Anlage 2.1 – Plan, Anlage 2.2 - Erläuterungen)
3. Die Anregungen aus der Bürgerinformation und deren Berücksichtigung bei der Planung werden zur Kenntnis genommen. (Anlage 3)
4. Die Checkliste zur Berücksichtigung bauökologischer Kriterien wird zur Kenntnis genommen (Anlage 4).
5. Die Erläuterungen zur Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen werden zur Kenntnis genommen (Anlage 5).
6. Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit dem Bau voraussichtlich im Februar 2013 begonnen wird und die Fertigstellung voraussichtlich Ende Frühjahr 2014 erfolgt.

#### II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass sowohl Investitionskosten gemäß der Kostenberechnung nach DIN 276 vom 05.09.2012 in Höhe von **1.862.000 Euro**, als auch Folgekosten in Höhe von **105.110 Euro/Jahr** entstehen (Anlage 6 und Anlage 7).

**Das mit dem Errichtungsbeschluss festgelegte Projektbudget von 2.216.100 € wird damit um 354.100 € unterschritten. Ein entsprechendes Veränderungsblatt zum Haushaltsplan-Entwurf 2013 wird gefertigt.**

#### III. Mittelbereitstellung/Finanzierung

Die oben genannte Sachentscheidung ist wie folgt finanziert:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
<b>Produktgruppe</b>	<b>0111</b>	<b>Immobilienmanagement</b>			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2014 ff.	<b><u>37.710</u></b>	Folgeaufwand
Zeile	14	Bilanzielle Abschreibungen	2014 ff.	<b><u>23.490</u></b>	Folgeaufwand
<b>Produktgruppe</b>	<b>0601</b>	<b>Förderung von Kindern in Tagesbetreuung</b>			
Zeile	14	Bilanzielle Abschreibungen	2014 ff.	9.000	Folgeaufwand
<b>Produktgruppe</b>	<b>1601</b>	<b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>			
Zeile	20	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2014 ff.	<b><u>34.910</u></b>	Folgeaufwand
<b>Summe aller Aufwendungen/Saldo</b>				<b><u>105.110</u></b>	

<b>Teilfinanzplan</b>					
	<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Haush.- jahr</b>	<b>Betrag €</b>	<b>Bemerkungen</b>
<b>Produktgruppe</b>	<b>0601</b>	<b>Förderung von Kindern in Tagesbetreuung</b>			
Investitionsmaßnahme	4650	Neubau Kita Kinderbachtal (Wuddi)			
Auszahlungen		Auszahlung für Baumaßnahmen	2012	50.000	Bereitgestellt über Nach- tragshaushalt
			2013	<b><u>1.632.000</u></b>	
Investitionsmaßnahme	1130	Beschaffungen Kita Kinder- bachtal (Wuddi)			
Auszahlungen		Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2013	180.000	
Summe aller Auszahlungen/Saldo				<b><u>1.862.000</u></b>	

Die Folgelastenberechnungen werden zur Kenntnis genommen.

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan-Entwurf bei der / bei den o. g. Produktgruppe/n veranschlagt: Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2013 bzw. der mittelfristigen Ergebnis und Finanzplanung die Ermächtigungen bereitstellt.

#### **Punkt 5 der Tagesordnung V/0657/2012**

#### **Mittagsverpflegung in Schulen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage ein Beratungsverlauf vor.

Frau Hakenes ließ über den Beschlussvorschlag der Vorlage in der vom Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung in seiner Sitzung am 21.11.2012 empfohlenen und veränderten Fassung abstimmen.

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage in folgender geänderter Fassung [entspricht dem Beschlussvorschlag des ASGAf vom 21.11.2012] zu empfehlen:

#### **Beschlussvorschlag:**

#### **I. Sachentscheidung**

1. Der Rat der Stadt Münster nimmt den Sachbericht zur Mittagsverpflegung in den Schulen zur Kenntnis und stimmt den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Mittagsverpflegung und zur Einhaltung der geltenden Hygienebestimmungen zu.

2. Der Antrag der SPD – Fraktion im Rat der Stadt Münster Nr. A-R/0054/2010 vom 27.05.2010 „Gutes Essen in der Schule – für alle“ ist erledigt.

**Die Verwaltung erhält einen Prüfauftrag mit folgendem Inhalt:**

- Vor einer nächsten Konzessionsvergabe legt die Verwaltung den zuständigen Ausschüssen einen Erfahrungsbericht mit der Konzession Pascalgymnasium vor.
- Es wird geprüft, ob durch eine Überarbeitung des Basis-Leistungsverzeichnis folgende Ziele erreicht werden können:
  - eine Konzessionsvergabe nur mit Anlieferung des Essens und der Ausgabe des Essens und Reinigung der Küchen durch städtisches Personal wird ermöglicht,
  - die Berücksichtigung der unterschiedlichen Schulkonzepte/ Schulprogramme werden sichergestellt (u. a. Einbindung von Schülern in die Essensausgabe oder die Nutzung von Mensen/Küchen für ein kostenloses Frühstück z.B. in Zusammenarbeit mit FRÜZ e.V.)
- ein höherer Mindestanteil an regionalen und ökologischen Produkten (min 30%) wird festgelegt.
- Vor einer Ausschreibung wird eruiert, ob das Verfahren so gestaltet ist, dass auch Werkstätten für behinderte Menschen ein konkurrenzfähiges Angebot abgeben können.

3. Der Antrag der SPD - Fraktion im Rat der Stadt Münster Nr. A-R/0054/2010 vom 27.05.2010 „Gutes Essen in der Schule - für alle“ ist erledigt.

## II. Finanzielle Auswirkungen

Für die Umsetzung und Einhaltung der gesetzlich geforderten Hygienebestimmungen in der Mittagsverpflegung der Schulen entstehen Kosten in Höhe von insgesamt jährlich 120.000 €, zunächst für die Jahre 2013 und 2014, die sich wie folgt aufteilen:

<b>Teilergebnisplan Produktgruppe 03.01 „Leistungen für Schulen“</b>			
<b>Zeile</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Position</b>	<b>2013 ff</b>
11	Personalaufwendungen	Zusätzliche Stunden Küchenkräfte (geringfügig Beschäftigte)	10.000 €
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Reinigungs- und Hygieneartikel	17.000 €
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	Arbeitskleidung	23.000 €
28	Aufwendungen aus Interne Leistungsbeziehungen	ILV OGS	70.000 €
<b>gesamt</b>			<b>120.000 €</b>

<b>Teilergebnisplan Produktgruppe 06.02 „Kinder- und Jugendarbeit“</b>			
<b>Zeile</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Position</b>	<b>2013 ff</b>
11	Personalaufwendungen	Zusätzliche Stunden Küchenkräfte (geringfügig Beschäftigte)	70.000 €
27	Erträge aus Interne Leistungsbeziehungen	ILV OGS	- 70.000 €
<b>gesamt</b>			<b>0 €</b>

Die Verwaltung versucht, diese Mehrkosten in den Jahren 2013 und 2014 aus den vorhandenen Budgets der beteiligten Ämter zu finanzieren. Sollte sich im Laufe des Jahres 2013 herausstellen, dass eine Nachfinanzierung erforderlich wird, ist über eine zusätzliche Mittelbereitstellung über Nachtrag oder im Wege einer überplanmäßigen Mittelbereitstellung gem. § 83 GO NW bzw. für 2014 im Rahmen der Etatberatungen zum Haushalt 2014 zu entscheiden.

**Punkt 6 der Tagesordnung  
V/0720/2012**

**Kommunale Koordinierung im Rahmen des Übergangssystems von der Schule in Ausbildung und Beruf**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage ein Beratungsverlauf vor.

Frau Dr. Hanke teilte mit, dass zur Sitzung des Hauptausschusses/ Rates am 12.12.2012 eine Ergänzungsvorlage unter Berücksichtigung der Änderungen vorgelegt werde.

Frau Dr. Ringbeck stellte die Inhalte der Vorlage vor und nahm zu Fragen und Anmerkungen der Ausschussmitglieder Stellung.

Frau Schulze Wintzler beantragte, über den Beschlussvorschlag der Vorlage in der vom Ausschuss für Schule und Weiterbildung am 20.11.2012 sowie vom Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung am 21.11.2012 empfohlenen und veränderten Fassung zu beschließen.

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage in folgender geänderter Fassung [entspricht dem Beschlussvorschlag des ASW vom 20.11.2012 und des ASGAf vom 21.11.2012] zu empfehlen:

**Beschlussvorschlag:**

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt die Eckpunkte und Zielsetzungen des neuen Übergangssystems Schule-Beruf in NRW mit den Elementen
  - Berufs- und Studienorientierung
  - Übergangssystem
  - Attraktivität des dualen System
  - Kommunale Koordinierung

zur Kenntnis.

2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass das Land beabsichtigt, das neue System schrittweise und im Endausbau flächendeckend in NRW umzusetzen und dazu für die Projektlaufzeit (vss. bis 2020) in den Kreisen und kreisfreien Städten bis zu 2,0 Personalstellen zzgl. Sachkosten finanziert.

3. Die Verwaltung wird beauftragt,
  - 3.1 beim Land NRW einen Antrag zur Teilnahme am neuen Übergangssystem Schule – Beruf ab 01.01.2013 zu stellen,
  - 3.2 die Umsetzung der kommunalen Koordinierung in Münster **gemeinsam** auf der Grundlage der beschriebenen Eckpunkte und Strukturen **unter paritätischer Stimmrechtsvertretung der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmervertreter** unter Beteiligung der Partner des Ausbildungskonsens anzugehen,
  - 3.3 in Form eines jährlichen und systematischen Berichtswesens den Rat über die Ergebnisse und Fortschritte der Umsetzung des neuen Übergangssystems in NRW und speziell der kommunalen Koordinierung in Münster zu informieren.
  
4. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL Nr. A-R/0067/2011 an den Rat vom 22.11.2011 „Jedem jungen Menschen ein (Aus-)bildungsplatz in gemeinsamer Verantwortung – Anlaufstelle am Übergang Schule und Beruf“ **wird aufgegriffen und** in die Konzeption mit einbezogen ~~und ist damit erledigt.~~ **Über die Weiterentwicklung wird kontinuierlich berichtet.**
  
5. **Den zuständigen Gremien ist nach den Sommerferien 2013 ein Zwischenbericht vorzulegen.**  
**Darin sind folgende Fragen zu klären:**
  - **Wie entwickelt sich die finanzielle Förderung durch das Land? Werden insbesondere die Personalkosten weiterhin vom Land finanziert?**
  - **Welche Abstimmungen zwischen den einzelnen Partnern hat es gegeben? Wurden die bestehenden Strukturen vereinfacht und standardisiert? Konnte man Doppelstrukturen identifizieren und werden diese abgebaut?**
  - **Unterstützt das neue Koordinierungsinstrument das Ziel, möglichst viele Jugendliche in eine duale Ausbildung zu vermitteln?**
  - **Wurden Möglichkeiten erkannt, wie das Verbleiben von Schulabgängern in „Betreuungsschleifen“ verringert werden kann?**

## II. Finanzielle Auswirkungen:

<b>Teilergebnisplan</b>					
	<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Haush.- jahr</b>	<b>Betrag €</b>	<b>Bemerkungen</b>
Produktgruppe	302	Zentrale Leistungen für am Schulleben Beteiligte	2013	23.400 €	
Zeile					

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan-Entwurf bei der / bei den o. g. Produktgruppe/n veranschlagt: Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2013 bzw. der mittelfristigen Ergebnis und Finanzplanung die Ermächtigungen bereitstellt.

Nach der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wies Herr Reiners noch einmal darauf hin, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL ab diesem Zeitpunkt den Sitzungsraum verlassen würde und begründete dies. Spätestens im Rahmen der Etatberatungen in der folgenden Ratssitzung werde die Fraktion alle Einzelpunkte erneut aufgreifen.

Frau Hakenes bedauerte die Entscheidung. Weitere Ausschussmitglieder schlossen sich dem an, insbesondere im Hinblick darauf, dass vor diesem Hintergrund eine fachlich-inhaltliche Diskussion zu den folgenden Tagesordnungspunkten unter Beteiligung der Fraktionsmitglieder im Ausschuss entfallende.

Frau Möllers nahm ebenfalls zu der Entscheidung Stellung. Sie führte aus, dass die ursprünglich vorgesehenen Anträge der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorliegen würden und damit zumindest die inhaltlichen Positionen entnommen werden könnten.

Herr Stein, der als Vertreter der freien Träger der Jugendhilfe Mitglied des Ausschusses ist, schloss sich der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL ausdrücklich an und verließ ebenfalls den Sitzungsraum.

<b>Punkt 7 der Tagesordnung V/0715/2012</b>	<b>Steuerung von Leistungen mit Bezug auf Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)</b>
---	---

Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung vertagt.

<b>Punkt 8 der Tagesordnung V/0878/2012</b>	<b>Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums in Münster</b>
---	---

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag allen Ausschussmitgliedern ein Beratungsverlauf als Tischvorlage vor.

Herr Köhnke berichtete zur Vorlage. Er stellte insbesondere die gesetzlichen Grundlagen, die Ziele und die vorgesehenen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums in Münster vor.

Nach Erörterung der Vorlage ließ Frau Hakenes über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschloss mit 11 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage zu empfehlen:

**Beschlussvorschlag:**

I. Sachentscheidung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in 2012 einen Antrag beim Land Nordrhein-Westfalen zur Einrichtung des Kommunalen Integrationszentrums in Münster zu stellen.

Grundlage für die Antragstellung ist das Konzept (Anlage 1), das an die beiden zuständigen Ministerien – Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales und dem Ministerium für Schule und Weiterbildung – des Landes NRW gesendet wird.

2. Im Stellenplan werden im Teilergebnisplan 01 16 Migrations- und Integrationsmanagement 2,50 Planstellen eingerichtet:

1,00 EGr. 9	Sachbearbeiter/-in Verwaltung
1,00 EGr. S 12	Diplom-Sozialpädagoge/-in
0,50 EGr. 5	Assistenzkraft

Die Stellen werden bis zur rechtskräftigen Bewilligung des Kommunalen Integrationszentrums gesperrt.

## II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0116	Migrations- und Integrationsmanagement			
		<b>Erträge:</b>			
Zeile	02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2013 ff.	170.000	
		<b>Aufwendungen:</b>			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2013 ff.	201.210	davon 75.770 € über bereits vorhandene Planstelle
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2013 ff.	25.750	
Zeile	28	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2013 ff.	24.070	Raumkosten
Summe d. Aufw.				248.030	
<b>Saldo: Erträge – Aufwendungen</b>				<b>- 81.030</b>	<b>- 5.260 €</b>

Für das Jahr 2013 werden voraussichtlich nur ca. 50 % der hier dargestellten Erträge und Aufwendungen anfallen, da das KIZ nicht bereits zum 01.01.2013 tätig werden kann.

Die notwendigen Veränderungsblätter zum Haushalt 2013 ff. werden durch die Verwaltung gefertigt.

### Ergänzende Hinweise:

1. Die hier zugrundeliegende Förderrichtlinie des Landes ist bis zum 31.12.2017 befristet.
2. Die Gewährung der Zuwendung hängt von der jeweiligen Haushaltssituation des Landes ab. Ein Rechtsanspruch besteht nicht.

**Punkt 9 der Tagesordnung****Gewährung von Zuschüssen aus der Gewinnausschüttung der Sparkasse Münsterland Ost**

Allen Ausschussmitgliedern lag als Tischvorlage eine Auflistung der Anträge auf Gewährung eines Zuschusses aus der Gewinnausschüttung der Sparkasse Münsterland Ost vor, die dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien zugeordnet wurden. Die Auflistung enthielt auch die gemeinsamen Beschlussvorschläge der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion. Frau Hakenes beantragte, dem Rat zu empfehlen, über die Zuschussanträge entsprechend dieser Auflistung zu entscheiden.

Herr Lenski teilte mit, dass er grundsätzlich einer Gewährung der beantragten Zuschüsse nicht zustimmen werde, da die Mittel aus seiner Sicht zur Deckung in den Gesamthaushalt einfließen sollten.

Frau Hakenes wies darauf hin, dass der Integrationsrat der Stadt Münster in seiner Sitzung am 14.11.2012 über einige Anträge beraten habe, die inhaltlich auch die Belange von Menschen mit Migrationsvorgeschichte auf unterschiedliche Weise berühren. Den Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien betrafen die Beschlussempfehlungen zu den Anträgen Nr. 492 „Jugend salon im Begegnungszentrum Sprickmannstraße“ (Projekt mehrheitlich befürwortet) und Nr. 545 „Kaktus e.V. – Radio Kaktus im Bürgerfunk“ (Projekt einstimmig befürwortet).

Schließlich ließ Frau Hakenes über ihren Antrag abstimmen. Dieser wurde mit 8 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und 3 Enthaltungen angenommen.

Somit beschloss der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien im Ergebnis, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

Nr.	Eingang	Antragsteller	Projekt	beantragt	Zuschuss-empfehlung
421	13.07.2012	OUTLAW gGmbH - Mädchenhaus mia	Weil ich mir wichtig bin - Gesundheitsförderung, Ernährung und Sport	500,00	300,00
440	24.08.2012	Kindertagesstätte Kindertraum e.V.	Errichtung und Einrichtung eines Kinder-Holz-Ateliers im Außenbereich der Kindertagesstätte	3.862,94	2.000,00
450	29.08.2012	Amt für Kinder, Jugendliche und Familien, JIB	Vortragsreihe "Was Kinder heute brauchen?!" -Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen Vortragsreihe für Eltern und Multiplikatoren	6.620,00	2.000,00
451	29.08.2012	Amt für Kinder, Jugendliche und Familien, JIB	Anschaffung von Geocaching/Educaching-Koffer	3.250,00	0,00
452	29.08.2012	Vinzenzwerk Handorf e.V.	Unser Dorfplatz muss schöner werden!	5.978,50	4.000,00
462	30.12.2012	Kindergruppe 13 e.V.	Gestaltung eines naturnahen, bewegungsfreundlichen Außenspielbereichs für 20 Kinder	15.000,00	10.000,00
463	30.08.2012	Kita an der Gartenstraße	Stark auch ohne Muckis - Selbstbehauptungskurs für angehende Schulkinder	545,00	500,00
468	30.08.2012	Amt 51, städtische KiTa am Edelbach	Gesundes Frühstück für alle Kinder der KiTa	2.500,00	2.000,00
469	30.08.2012	PUSH e.V. Förderverein der KiTa Kinderhäuschen	Erneuerung/Renovierung der Gemeinschaftsküche der KiTa	20.000,00	10.000,00
477	30.08.2012	Die Malküche	Malküche -ein maltherapeutisches Angebot für Kinder ab 5 Jahren	2.850,00	0,00
489	30.08.2012	Kinderkulturwerkstatt	Kinder, Clowns und Kunststückchen -	1.955,00	1.500,00

Nr.	Eingang	Antragsteller	Projekt	beantragt	Zuschuss-empfehlung
		Musikfratz e.V.	Zirkusshow von Kindern für Kinder und Erwachsene im ABI Südpark		
492	30.08.2012	Jugendsalon im Begegnungszentrum Sprickmannstraße e.V.	Absicherung der Angebote in den Abendstunden durch unterstützende Honorarkräfte im Jugendsalon	5.100,00	5.100,00
495	30.08.2012	Zartbitter Münster e.V.	Neugestaltung der Homepage des Vereins	3.749,00	AGL
496	30.08.2012	Verein für Mototherapie und Psychomotorische Entwicklungsförderung e.V.	Psychomotorische Entwicklungsförderung in Kitas und Grundschulen	38.861,23	30.000,00
499	31.08.2012	Städt. Kita und Familienzentrum Hilstrup-West	Heilpädagogisches Reiten für angehende Schulkinder	1.400,00	1.400,00
500	31.08.2012	Städt. KiTa Burgwall	Heilpädagogisches Reiten für die angehenden Schulkinder der KiTa Burgwall	2.100,00	2.100,00
504	31.08.2012	Förderverein Familienzentrum KiTA Killingstraße e.V.	Gewaltprävention: Mädchenprojekt: Mädchen sehen -Mädchen stärken Jungenprojekt: Nähe -Distanz	3.000,00	3.000,00
505	31.08.2012	CVJM Münster e.V. - Anne-Jakobi-Haus	Boxen statt motzen!	878,35	0,00
506	31.08.2012	CVJM Sozialwerk gGmbH -Janusz-Korczak-Haus	Anschaffung eines Schlagzeuges	737,00	737,00
512	31.08.2012	asb -arbeitskreis soziale bildung und beratung e.V.	Gewaltpräventionsprojekte an 4 Kitas und 3 Grundschulen: a) Mut tut gut! b) Halt! -Keine Gewalt!	24.153,70	20.000,00
520	31.08.2012	OUTLAW gGmbH	Cyber-Mobbing@fairer Umgang im Netz	2.247,43	1.000,00
521	31.08.2012	Die kleinen Hobbits e.V.	Anschaffung einer Spielplatzpumpe	900,00	500,00
522	31.08.2012	Verein sozial-integrativer Projekte e.V.	OWI-Gruppenangebot bei Schulverweigerern	7.174,00	7.100,00
529	31.08.2012	Villa Kunterbunt e.V. - integrativ arbeitende Bewegungs-KiTa	Einrichtung eines Snozelenraumes	7.915,00	5.000,00
532	31.08.2012	Fiktiver Alltag e.V. - Verein zur Förderung von Literatur- und Medienarbeit	Reporter im Südpark -Kinder erklären den Abenteuerspielplatz und drehen Videoreportagen	1.750,00	0,00
545	31.08.2012	Kaktus Münster e.V. - Radio Kaktus im Bürgerfunk	Füreinander statt Gegeneinander -Starkes Selbstbewusstsein durch Medienwerkstatt & Kunst	26.500,00	13.000,00
549	31.08.2012	TRIALOG Beratungsstelle bei Familienkrisen, Trennung und Scheidung e.V.	Einstellung einer männlichen Honorarkraft für die Gruppenarbeit mit Kindern aus Trennungs- und Scheidungsfamilien	10.748,00	10.000,00
550	31.08.2012	TRIALOG Beratungsstelle bei Familienkrisen, Trennung und Scheidung e.V.	Erneuerung der Telefonanlage der Beratungsstelle	1.712,00	0,00
575	13.09.2012	Fabi Münster	Offener Drillingstreff	660,00	0,00
576	13.09.2012	CVJM Münster e.V.	Klettern an der Kletterwand und Kistenklettern Indoor	430,00	0,00

Gesamtsumme Zuschussempfehlung: 131.237,00 EUR

**Punkt 10 der Tagesordnung****Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013  
- Mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplan bis 2016 -****sowie der Einzelmaßnahmen des Handlungs-  
programms 2012 bis 2017 und der Anregungen/  
Sparvorschläge der Bürgerinnen und Bürger zum  
Haushalt 2013**

(vgl. Vorlage V/0702/2012 "Nachhaltige kommunale Haushaltspolitik - Handlungsprogramm 2012 bis 2017 (Teil 2)" und Vorlage V/0859/2012 "Bürgerhaushalt 2012 - Einbringung der 102 bestplatzierten Bürgervorschläge")

Zur Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013 und des mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplans bis 2016 begrüßte Frau Hakenes Herrn Fürstenberg, Amt für Finanzen und Beteiligungen.

Sie äußerte noch einmal ihr Bedauern darüber, dass nicht alle Fraktionen an der Beratung und Beschlussfassung im Ausschuss teilnahmen. Sie schlug vor diesem Hintergrund vor, in diesem Jahr auf die Statements der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf zu verzichten und diese - soweit sie zur Verfügung gestellt werden - der Niederschrift als Anlage beizufügen. Es erhob sich kein Widerspruch.

Das Statement der FDP-Fraktion ist als Anlage 1 beigefügt.

Allen Ausschussmitgliedern standen – vorab versandt oder als Tischvorlage – folgende Unterlagen zur Verfügung:

- ✓ Auszug aus dem Haushaltsplanentwurf 2013 für den Produktbereich 06 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“
- ✓ Auszug aus dem dazugehörigen Zuschussbericht
- ✓ begleitende Informationen zum Entwurf und zur Beratung des Haushaltsplans 2013 für den Produktbereich 06 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“
- ✓ Anträge freier Träger, Anregungen nach § 24 GO NW sowie Kommentierungen der Verwaltung dazu
- ✓ Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt, die dem Bereich des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien zuzuordnen sind (Auszug aus der Bestenliste 2012)
- ✓ Auflistung der Einzelmaßnahmen des Handlungsprogramms 2012 bis 2017, die zur Beratung im Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien vorgesehen sind (Bestandteil der Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012)
- ✓ die Anträge der Fraktionen
- ✓ die sogenannte Gesamtliste, in der sämtliche o.g. Anträge aufgeführt sind

Nachdem Frau Hakenes das vorgesehene Verfahren erläutert hatte, nahm der Ausschuss die Haushaltsplanberatung anhand der Gesamtliste vor.

Die Anträge für die Fraktionen wurden – soweit in dieser Niederschrift nicht anders angegeben – von Frau Schulze Wintzler (gemeinsame Anträge der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion) und Herrn Lenski (FDP-Fraktion) gestellt.

## 1. Produktgruppe 0601 – Förderung von Kindern in Tagesbetreuung

### 1.1 Ziele/ Zielkennzahlen

Für die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien möge beschließen:

1. Die Ziele im Haushalt zur PG 0601 werden entsprechend des Ratsbeschlusses vom 21.09.2011 (V/0108/2011) um einen Punkt 4 ergänzt: „4. Die Kindertagesbetreuungsangebote werden insgesamt weiter bedarfsgerecht ausgebaut“.
2. Als weiteres Ziel wird ergänzt: „In jedem Stadtbezirk arbeitet mindestens eine KiTa mit flexiblen Öffnungszeiten.“

Der Antrag wurde mit 10 Nein-Stimmen und einer Ja-Stimme bei einer Enthaltung abgelehnt.

### 1.2 Zeile 02 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

1.2.1 Für die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Der Vorschlag **Nr. 155** (Handlungsprogramm 2012 – 2017, V/0702/2012, Anlage 1a) wird umgesetzt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

### 1.3 Zeile 03 sonstige Transfererträge

1.3.1 Für die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Der Vorschlag **Nr. 156** (Handlungsprogramm 2012 – 2017, V/0702/2012, Anlage 1a) wird umgesetzt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

1.3.2 Für die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion wurde beantragt:

Die Beitragstabelle für Kindertagespflege wird der für KITAs angeglichen. Damit werden Einkommen bis 37.000 EUR beitragsfrei gestellt, was eine Mindereinnahme von ca. 150.000 EUR pro Jahr nach sich zieht.

Der Antrag wurde mit 11 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme angenommen.

#### 1.4 Zeile 04 – öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

##### 1.4.1 Für die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Der Vorschläge **Nr. 157 und Nr. 158** (Handlungsprogramm 2012 – 2017, V/0702/2012, Anlage 1a) werden umgesetzt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

#### 1.5 Zeile 15 Transferaufwendungen

##### 1.5.1 Für die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion wurde beantragt:

Die Anregung nach § 24 GO NW, lfd. Nr. 117/2012 (Eltern helfen Eltern) soll insoweit aufgegriffen werden, dass der Personalkostenzuschuss um jährlich 8.000 EUR erhöht wird.

Der Antrag wurde mit 11 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme angenommen.

##### 1.5.2 Für die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Der Vorschläge **Nr. 154 und Nr. 159** (Handlungsprogramm 2012 – 2017, V/0702/2012, Anlage 1a) werden umgesetzt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

##### 1.5.3 Für die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion wurde beantragt:

Der Vorschlag **Nr. 160** (Handlungsprogramm 2012 – 2017, V/0702/2012, Anlage 1a) wird umgesetzt.

Der Antrag wurde mit 10 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme bei einer Enthaltung angenommen.

##### 1.5.4 Für die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion wurde beantragt:

Für die im Rahmen der Großtagespflege entstehenden Mietkosten (siehe Vorlage V/0731/2012) werden Mittel in Höhe von jährlich 50.000 EUR bereitgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, den Mittelansatz in der Produktgruppe 0601 im Haushalt zu verankern.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

## 2. Produktgruppe 0602 – Kinder- und Jugendarbeit

### 2.1 Zeile 11 Personalaufwendungen

#### 2.1.1 Für die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Der Vorschlag **Nr. 163** (Handlungsprogramm 2012 – 2017, V/0702/2012, Anlage 1a) wird umgesetzt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

## 2.2 Zeile 15 Transferaufwendungen

### 2.2.1 Für die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion wurde beantragt:

Die Anregung nach § 24 GO NW, lfd. Nr. 108/2012 (Track e.V.) soll insoweit aufgegriffen werden, dass der offenen Jugendtreff mit einem Betrag in Höhe von 13.000 EUR jährlich gefördert wird.

Der Antrag wurde mit 10 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme bei einer Enthaltung angenommen.

### 2.2.2 Für die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion wurde beantragt:

Die Anregung nach § 24 GO NW, lfd. Nr. 107/2012 (Schule, Jugend, Kids & Co.) soll insoweit aufgegriffen werden, dass die Modellstelle mit einem Betrag in Höhe von 16.600 EUR jährlich gefördert wird.

Der Antrag wurde mit 11 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme angenommen.

### 2.2.3 Für die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion wurde beantragt:

Der Vorschlag **Nr. 161** (Handlungsprogramm 2012 – 2017, V/0702/2012, Anlage 1a) wird umgesetzt.

Der Antrag wurde mit 6 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

### 2.2.4 Für die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Der Vorschlag **Nr. 166** (Handlungsprogramm 2012 – 2017, V/0702/2012, Anlage 1a) wird umgesetzt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

## 2.3 Zeile 16 sonstige ordentliche Aufwendungen

### 2.3.1 Für die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion wurde beantragt:

Der Vorschlag **Nr. 162** (Handlungsprogramm 2012 – 2017, V/0702/2012, Anlage 1a) wird umgesetzt.

Der Antrag wurde mit 5 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

## 3. Produktgruppe 0603 – Förderung von benachteiligten jungen Menschen

### 3.1 Zeile 15 Transferaufwendungen

#### 3.1.1 Für die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Der Vorschläge **Nr. 167 bis Nr. 170** (Handlungsprogramm 2012 – 2017, V/0702/2012, Anlage 1a) werden umgesetzt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

#### 4. Produktgruppe 0604 - Familienförderung

##### 4.1 Ziele/ Zielkennzahlen

Für die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien möge beschließen:

Die Zielkennzahl zum 2. Ziel „Anzahl der Unternehmen und Institutionen, die zu betrieblichen Formen der Kindertagesbetreuung beraten werden“ werden wie folgt geändert:

	Ansatz	Planung		
	2013	2014	2015	2016
alt	6	6	6	6
neu	<b>10</b>	<b>10</b>	<b>10</b>	<b>10</b>

Der Antrag wurde mit 10 Nein-Stimmen und einer Ja-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

##### 4.2 Zeile 15 Transferaufwendungen

###### 4.2.1 Für die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion wurde beantragt:

Zur Sicherstellung des Angebotes „Hebammensprechstunde in KITAs“ wird ein zusätzlicher Mittelbedarf in Höhe von 30.000 EUR jährlich beantragt. Die Verwaltung wird gebeten, den Mittelansatz in der Produktgruppe 0604 im Haushalt zu verankern.

Der Antrag wurde mit 11 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme angenommen.

#### 5. Produktgruppe 0604 – Familienförderung und Produktgruppe 0605 – Erzieherische und wirtschaftliche Hilfen für Familien

##### 5.1 Zeile 15 Transferaufwendungen

###### 5.1.2 Für die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion wurde beantragt:

Die Anregung nach § 24 GO NW, lfd. Nr. 99/2012 (Zartbitter e.V.) soll aufgegriffen und der Zuschuss an den Verein um 19.800 EUR jährlich erhöht werden (PG 0604 anteilig 75%/ 14.850 EUR, PG 0605 anteilig 25%/ 4.950 EUR).

Der Antrag wurde mit 11 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme angenommen.

#### 6. Produktgruppe 0605 – Erzieherische und wirtschaftliche Hilfen für Familien

##### 6.1 Zeile 15 Transferaufwendungen

###### 6.1.1 Für die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Der Vorschläge **Nr. 172 bis 174** (Handlungsprogramm 2012 – 2017, V/0702/2012, Anlage 1a) werden umgesetzt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6.1.2 Für die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion wurde beantragt:

Vorschlag **Nr. 175** (Handlungsprogramm 2012 – 2017, V/0702/2012, Anlage 1a):  
Dieser Punkt muss vor dem Hintergrund eines umfassenden Inklusionskonzeptes erfolgen, das von der Verwaltung zeitnah erarbeitet und den zuständigen Gremien vorgelegt wird.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6.1.3 Für die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Der Vorschlag **Nr. 176** (Handlungsprogramm 2012 – 2017, V/0702/2012, Anlage 1a) wird umgesetzt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

## 7. Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt 2012

(vgl. Dokumentation als Anlage zur Ratsvorlage V/0589/2012)

7.1 Zu den Vorschlägen aus dem Bürgerhaushalt 2012, die zur Beratung im Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien vorgesehen waren, beschloss der Ausschuss auf Antrag von Frau Hakenes einstimmig, dem Rat jeweils die Annahme der Beschlussvorschläge der Verwaltung zu empfehlen:

<b>Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt 2012</b>	<b>Beschlussvorschlag der Verwaltung:</b>
Vorschlag Nr. 22: Jugendheime mit beschränkten Öffnungszeiten anders nutzen	Der Vorschlag ist aufgegriffen/ umgesetzt.
Vorschlag Nr. 113: Bauliche Standards bei der U3-Erweiterung kritisch hinterfragen	Teilweise bzw. modifiziert aufgreifen.
Vorschlag Nr. 121: Keine Kindertagesstätte am Bürgerhaus Kinderhaus errichten	Der Vorschlag wird nicht aufgegriffen.
Vorschlag Nr. 325: Keine Subventionierung von Sport-Tourismus	Der Vorschlag wird nicht aufgegriffen.
Vorschlag Nr. 354: Erhebung der Elternbeiträge vereinfachen	Teilweise bzw. modifiziert aufgreifen.

Weitere Anträge zum Entwurf des Haushaltsplans 2013 und zum mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplan bis 2016 lagen nicht vor.

**Punkt 11 der Tagesordnung****Verschiedenes**

Herr Messing bedankte sich bei allen Beteiligten (Politik, freie Träger, Verwaltung) für die gute Zusammenarbeit des vergangenen Jahres. Die Arbeit des Ausschusses zeichne sich insbesondere durch die hohe Fachlichkeit aus.

Frau Hakenes schloss sich an und wünschte abschließend allen eine gute Weihnachtszeit und einen guten Start in das neue Jahr.

Ende des öffentlichen Sitzungsteils: 19.35 Uhr

gez.  
Maria Anna Hakenes  
Vorsitz

gez.  
Heike Dierks  
Schriftführung